

Stellungnahme der GPJE zum Thema „Politische Bildung für Flüchtlinge“

Angesichts der ansteigenden Flüchtlingszahlen und der aktuellen politischen Ereignisse nicht nur in unserem Land sieht die GPJE als wissenschaftliche Fachgesellschaft der politischen Bildung die Bürger/-innen und Institutionen der Bundesrepublik Deutschland mit der drängenden Frage konfrontiert, wie eine erfolgreiche Integration der Zuwanderer in unser politisches Gemeinwesen gelingen kann. Nur so werden aus Migrant/-innen neue Mitbürger/-innen.

In der Öffentlichkeit wird vorwiegend über sprachliche Kompetenzen und Berufsabschlüsse als Grundlage für eine gelingende Integration diskutiert, nicht minder wichtig sind aber Kenntnisse über die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens und über die Möglichkeiten zur Mitgestaltung unserer Demokratie.

Eine gelingende Integration erfordert zum einen die Akzeptanz der Grundwerte und zentralen Prinzipien unserer freiheitlichen Demokratie, zum anderen die aktive Mitwirkung unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Gesellschaft – nicht nur am Arbeitsmarkt, sondern auch in der Gestaltung unseres Gemeinwesens und vor allem bei der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die eigene Integration in diese Gesellschaft.

Daher sieht die GPJE politische Bildung als durchgängige und zentrale Aufgabe der schulischen Betreuung von Flüchtlingskindern in Vorbereitungsklassen und im Regelschulsystem an. Während in Deutschland geborene Schulkinder bereits über basale Vorstellungen von unserer Demokratie verfügen, ist das bei vielen Flüchtlingskindern nicht der Fall. Die Schule ist die einzige Institution, die eine flächendeckende Vermittlung von entsprechenden Kenntnissen, Werten und Partizipationskompetenzen sicherstellen kann, sodass die Chance ergriffen werden sollte, bereits in den Vorbereitungsklassen die Schülerinnen und Schüler auf das Leben als Bürgerinnen und Bürger in unserer Demokratie vorzubereiten.

Die politische Bildung muss deshalb angesichts der höchst unterschiedlichen Zuwanderungs- und Fluchtbiographien konsequent und stärker als bislang über alle Schulformen hinweg essentieller Bestandteil der schulischen Curricula sein, da punktuelle Bildungsanstrengungen nicht zu nachhaltigen Erfolg führen können. Wenn es nicht gelingt, die Wertebasis und die Institutionen unserer freiheitlichen Grundordnung dauerhaft und gefestigt in den Köpfen und den Herzen unserer Bürgerschaft zu verankern, wird der innere Frieden unseres Gemeinwesens gefährdet.

Politische Bildung für die Demokratie ist aber nicht allein eine schulische Angelegenheit. Wichtige Beiträge zur Vermittlung und Festigung von Bürgersinn und Bürgerbewusstsein können darüber hinaus auch außerschulische politische Bildungsangebote leisten. Anknüpfend an die Kursangebote, die auf die Einbürgerungstests vorbereiten, sollten hier weitere Formate entwickelt werden, um die neuen Gruppen von Zuwanderern und Flüchtlingen gezielt anzusprechen und ihre politischen Kompetenzen und Einstellungen ebenso zielgerichtet zu fördern. Günstige Strukturen bieten dafür auch die Kooperationsmöglichkeiten von schulischer und außerschulischer politischer Bildung im Ganztagschulwesen.

Zu den offenen Fragen, wie eine entsprechende politische Bildung in Vorbereitungsklassen und im Regelschulsystem sowie in außerschulischen Angeboten gestaltet werden kann und wie Multiplikator/-innen für diese verantwortungsvolle und wichtige Aufgabe gewonnen und weitergebildet werden können, stehen wir gerne mit unserer Expertise als wissenschaftliche Gesellschaft der schulischen und außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung für einen Gedankenaustausch zur Verfügung.

Um längerfristig eine erfolgreiche Integration durch politische Bildung zu unterstützen, bedarf es zudem einer entsprechenden Begleitforschung. Der Herausforderung, dafür passende Forschungsdesigns zu entwickeln und Studien durchzuführen, stellen sich die in unserer Fachgesellschaft organisierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerne. Die GPJE setzt darauf, dass alle für Wissenschaft und Forschung, für Schulen und Hochschulen zuständigen Institutionen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind und dementsprechend aktiv werden.

14.11.2015

Der Sprecherkreis der GPJE